



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1926**

171 (14.4.1926) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-228997](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-228997)

# Neue Mannheimer Zeitung

## Mannheimer General-Anzeiger

Lesepreis: In Mannheim und Umgebung 12 Pf. wöchentlich oder durch die Post monatlich R. M. 2.50 ohne Anzeigenpreis. Bei event. Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse Nachzahlung vorbehalten. Bohlenstraße Nr. 1790 Karlsruhe - Hauptredaktion E. O. Z. - Geschäftsstellen Waldstraße 6 Schriesheim Straße 24 Weierstraße 11. - Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheinungswort: wöchentlich. Preis pro Anzeigenteil: R. M. 7942 7943 7944 u. 7945

Anzeigenpreise nach Tarif bei Vorauszahlung pro empfangene Zeile für 14 Tage. Anzeigen 0.40 R. M. Restum. 1-4 R. M. Kollektiv-Anzeigen werden über berechnet. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Erstattungen für ausgelassene oder beschlagnahmte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr. - Verlagshaus Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel - Aus Zeit und Leben - Mannheimer Frauen-Zeitung - Unterhaltungs-Beilage - Aus der Welt der Technik - Wandern und Reisen - Sekt und Nacht

### Der neue Draht nach Rußland

#### „Sinngemäßige Anpassung“ von Rapallo an Locarno

□ Berlin, 14. April. (Von unserem Berliner Büro.) Die aus London kommende Meldung, daß zwischen Deutschland und Sowjetrußland Verhandlungen über eine sinngemäßige Anpassung des Rapallovertrags an die Locarno-Verträge im Gange seien, findet ihre Bestätigung. Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, gehen diese Bemühungen, die erst neuerdings festere Formen angenommen haben, in ihren Anfängen auf die Besprechungen des vorigen Jahres zurück. Der Zweck der Verhandlungen ist, eine Formel zu finden, die die These von einer einseitigen Option Deutschlands für den Westen abseigt. Wie lange sich die Verhandlungen hinziehen, ob sie überhaupt ein für Deutschland profitables Auswertungsergebnis bringen werden, möchten wir bei den bekannten Stimmungslagen, die solche Verhandlungen mit Sowjetrußland zu bestimmen pflegen, dahingestellt sein lassen.

Dazu erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Schon seit Beginn der Sicherheitsverhandlungen sind Besprechungen zwischen der deutschen und russischen Regierung im Gange über die Präzisierung des Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland gegenüber der Sicherheits- und Locarnopolitik. Bei diesen Unterhaltungen ist immer von deutscher Seite betont worden, daß Locarno keine Veränderung in die deutsch-russischen Beziehungen bringe. Es wurde eine Option unserer Politik sowohl gegen den Osten als auch gegen den Westen unter allen Umständen abgelehnt. Es ist selbstverständlich, daß die ganze Frage im Laufe der Zeit durch das Fortschreiten der Verhandlungen mit den Westmächten durch die Ereignisse in Genf fortwährend neuen Nuancierungen unterworfen war und daß aus diesem Grunde sich die Verhandlungen solange hinzogen. Die Besprechungen mit den Westmächten seien parallel zu denen mit Rußland. Ob und wann die Besprechungen eine befriedigende Form annehmen, d. h. zu einer schriftlichen Fixierung führen könnten, steht durchaus noch dahin.

#### Englische Befürchtungen

Im Zusammenhang damit wird in naheliegenden Kreisen auf einen Artikel des „Daily Telegraph“ hingewiesen, in dem u. a. gesagt wird, in britischen Kreisen habe man die Zusicherung von Locarno gegenüber Polen, daß Frankreich den polnischen Nationalanspruch unterstützen werde, mit Befürchtung aufgenommen. Noch mehr Heberfurchung habe die von Paris getommene Mitteilung hervorgerufen, den Locarno-Pakt unter der Voraussetzung, daß im Herbst das Genfer Fiasko sich wiederholen werde, dahin abzuwandern, daß Deutschland außerhalb des Völkerbundes bleibe. Die Mitteilung bedeute, daß die im Locarno-Vertrag dem Völkerbund erteilten Befugnisse, in einem Konflikt zwischen den Vertragspartnern zu entscheiden, einer schiedsgerichtlichen Körperschaft übertragen würde. Solche schiedsgerichtlichen Körperschaften seien im Gegensatz zum Völkerbundsrat in der Lage, Streitfragen durch Mehrheitsbeschlüsse zu entscheiden. Ein solcher Vorschlag würde auf britischer Seite keinen Anklang finden. In Völkerbundstreifen erklärt man, daß das vorgeschlagene Verfahren auch eine Verletzung der Völkerbundsstatuten bedeuten würde.

Von vielleicht noch größerer Bedeutung sei die Erklärung Boncourts in Warschau, daß, da die Locarno-Verträge für Osteuropa nicht die gleichen Garantien wie für die Westmächte enthielten, die Oststaaten Europas ihre Sicherheit am besten durch neue Pakte schaffen sollten. Die meisten heute zwischen den Oststaaten bestehenden Verträge enthielten nur eine Garantie gegen einen russischen Angriff. Der neue Gedanke gehe dahin, die Verpflichtung gegenseitiger Unterstützung auch auf einen deutschen Angriff auszudehnen. Dies soll die Hauptänderung sein, die kürzlich in das polnisch-rumänische Bündnis eingefügt wurde. Dieser Punkt sollte ohne Verzug aufgearbeitet werden, da das Gerücht von der neuen Klausel zu einem ernsten Presselied zugunsten einer deutsch-russischen Annäherung geführt habe. Man erwarte daher in London die Veröffentlichung des polnisch-rumänischen Vertrages mit größtem Interesse.

#### Maßnahmen zur Linderung der russischen Wirtschaftsnote

In einer von der Sowjetpresse veröffentlichten Resolution des Plenums des Zentralausschusses über die Wirtschaftsnote wird als Hauptgrund für die kritische Lage der russischen Landwirtschaft und Industrie der scharfe Gegensatz zwischen beiden Wirtschaftszweigen angeführt. Die Resolution betont vor allem die Einführung von Sparsaßmaßnahmen. Die landwirtschaftlichen Steuern müßten reformiert und politisch und wirtschaftlich nutzbar gemacht werden, die Bauernschaft von der Besteuerung befreit und die Steuern der Wohlhabenden verstärkt werden. Der Geldumlauf müsse, wie aus besonderen Ausführungen Molotows zu entnehmen ist, vermindert werden, um das Mißverhältnis zwischen Geld und Warenmenge zu beseitigen. Der Notenumlauf habe sich nach dem letzten Bericht der Staatsbank um drei bis vier Prozent verringert. Die Staatsbank müsse durch Kreditgewährung auf dem freien Markt den Privathandel regulieren. Durch die Tätigkeit der schwarzen Börse habe der Tscherwonek wieder gestiegen und durch die Erhöhung der Postgebühren habe die Ausgabe von Auslandspässen fast vollkommen eingestellt werden müssen. Die Handelsvertretungen im Ausland sollten in nächster Zeit aufgelöst und durch Handelsfirmen ersetzt werden, um die Ausfuhr zu erhöhen.

Infolge des überaus hohen Warenpreises sei mit großen Veränderungen auf Konsumwaren im Ausland zu rechnen Grundlegende Änderungen in der russischen Außenhandelspolitik wie auch der Wirtschaftspolitik seien zu erwarten.

#### Toller in moskowitzcher Ungnade

□ Berlin, 14. April. (Von unserem Berliner Büro.) Wie der „B. Z.“ gemeldet wird, berichtet die polnische Presse, daß die russische Regierung den deutschen Dichter Toller aufgefördert habe, sofort Rußland zu verlassen. Befamlich hält Toller seit längerer Zeit Vorträge über den Kommunismus und die kommunistische Wirtschaft in größeren Städten Rußlands. Die Ausweisung erfolgte auf Antrag des politischen Departements der Sowjetregierung, die „Kriegsgefahr“ hat, daß Toller i. J. in Bayern sich gegen einen sofortigen Ausbruch einer Weltrevolution gerichtet hat. Deutscher Kommunist zu sein, ist wirklich ein „Verhängnis“ für jeden kommt einmal der Tag, wo er in die Unnade Moskaus fällt und erbarmungslos abgefagt wird. Siehe Münzberger und Koll. Sokolow, Ruth Fischer usw. Wer wird der nächste sein? Vielleicht Thälmann?

### Tschechische Außenpolitik

(Von unserem Prager Vertreter)

Gelegentlich der letzten Temeschwarer Konferenz der Kleinen Entente vom 10. Februar d. J. konnten wir darauf hinweisen, daß ein Auseinanderfallen der Kleinen Entente-Staaten nicht mehr zu verhindern sei und daß die koordinierte Politik des Kleinen Verbandes unter der Führung des Quai d'Orsay immer offenkundiger vor den Sonderinteressen der einzelnen Staaten kapituliere; ja daß teilweise bereits eine Aufgabe der bisherigen politischen Richtung zu verzeichnen sei und der fortschreitende Kristallisationsprozess in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Habsburgermonarchie mit Notwendigkeit zu einer Verschiebung der politischen Konstellation in Mitteleuropa hinführe.

Die seit herge Entwicklung hat uns darin Recht gegeben. Wir erleben seit Temeschwar und vor allem nach dem Fiasko von Genf eine erhöhte politische Aktivität der Nachfolgestaaten, sehen die Bestrebungen Südbosniens und Rumaniens, sich an Rom anzulehnen, konnten den Abschluß eines rumänisch-polnischen Bündnisvertrages verzeichnen und hörten von der Propaganda für eine zentraleuropäische Konferenz, eine Art Ost-Locarno, die, von Paris aus in Szene gesetzt, erkennen ließ, daß Frankreich auf diesem Wege den Verlust seines Prestiges und seiner Vormachtstellung im Kleinen Verbande zu vermeiden versuchte, indem der gemeinsame ablehnende Standpunkt der Kleinen Entente-Staaten und Italiens in der Frage des Anschlusses Österreichs an Deutschland die Plattform abgeben sollte, um die Sonderinteressen der einzelnen Staaten für die nächste Zeit zu überbrücken.

Am wichtigsten erscheint uns aber die taktische Umstellung der tschechoslowakischen Außenpolitik, die bestätigt, daß Dr. Beneš sich auf die Linie Wien-Berlin einzustellen beginnt. Sie dürfte es auch in erster Linie gewesen sein, die in ihrem Abschwenken von der als ungewinnlich erkannten Kleinen Entente-Politik die Umorientierung und Zollverträge Belgrads und Bukarests zur Folge hatten. Das wichtigste außenpolitische Ereignis war hier zunächst der Abschluß eines österreichisch-tschechoslowakischen Schiedsvertrages in Verbindung mit dem Besuche Dr. Benešs in Wien und die Station des österreichischen Bundeskanzlers Dr. Krametz auf der Rückreise von Berlin in Prag. Die Reden, die bei diesen Gelegenheiten sowohl in Wien als auch in Prag gehalten wurden, waren von „herzlich-freundschaftlichem“ Geiste getragen und die Wiener Presse — man hat es kaum erleben müssen — stöh mit einer einzigen Ausnahme (die „Wiener Neuesten Nachrichten“) als großdeutsches Organ) vor Rührung und Benešs Verberrlichung über. Aber auch die wohlhabendste tschechische Presse sang auf höhere Wellenlänge Österreichs Lob in allen Tonarten und wer es nicht anders konnte, hätte glauben mögen, es sei niemals anders gewesen. Der Tenor aber blieb — und das ist festzuhalten — die Auffassung, die die nationaldemokratische „Narodni Politika“ mit folgenden Worten zum Ausdruck brachte: „Wir sind keine Feinde Österreichs, wir müssen aber vorerst Freunde unseres eigenen Staates sein.“

In der Tat: nur aus der Freundschaft zum eigenen Staate entspringt die neuerwachte Sympathie für Österreich, denn diese beiden Staaten sind wirtschaftlich in ganz außerordentlichem Maße aufeinander angewiesen und arbeiten zur Zeit an der Revision des gegenseitigen Handelsvertrages. Die Tschechoslowakei, die den größten Teil der Industrie der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie erbt, braucht Österreich als Absatzgebiet für ihre Erzeugnisse und bekennt sich reichlich spät auf seine wirklichen Interessen, nachdem die Handelsverträge mit Polen und Frankreich die tschechischen wirtschaftlichen Interessen fast geschädigt haben.

Wichtig ist ferner Dr. Benešs Einstellung zu Ungarn, die man nicht anders als unheimlich geschickt bezeichnen kann. Trotz wiederholter Fälschungen tschechoslowakischer Akten, trotz der offenkundigen ständigen Spannung zwischen Prag und Budapest, hat Dr. Beneš zweimal im Parlament seine Erproben über die Französischer Affäre feierlich mit einem breiten Friedensangebot und dem Vorschlag eines Sicherheitspaktes geschlossen, die allerdings auf der Gegenseite eine Ablehnung erfuhren. Dr. Beneš verfolgt demnach konsequent das Ziel, mit allen Nachbarn, wenn nicht in freundschaftlichen, so doch korrekten Beziehungen zu leben, woran auch der letzte Konflikt mit Polen nichts zu ändern vermag. Die durch das inzwischen aufgehobene Verbot der Durchfuhr polnischen Kleingewerks durch die Tschechoslowakei nach Österreich und das noch bestehende Einfuhrverbot entstandene Spannung zwischen Prag und Warschau muß rein von handelspolitischen Gesichtspunkten gemindert werden. Denn es geht um nichts anderes, als um die Durchfuhr größerer tschechoslowakischer Einfuhrkontingente bei dem vor dem Abschluß stehenden tschechisch-polnischen Handelsvertrage, die den seit Jahr und Tag völlig einseitig zu Gunsten Polens durchgeführten Warenaustausch wertmäßig ausgleichen sollen. Der für den 13. April erwartete Besuch des polnischen Ministerpräsidenten Strzyński in Prag dürfte außerdem die bestehende Tribung des gegenseitigen Verhältnisses wieder verschärfen, wenn auch zugegeben werden muß, daß die polnisch-tschechische Freundschaft nach den bisherigen Erfahrungen stets problematisch bleiben wird.

Nieht man aus allem die Bilanz, so muß man feststellen, daß Dr. Beneš eine nach seinen Worten „konstruktive“ Politik der Konsolidierung Mitteleuropas“ betreibt, die darauf hinausgeht, den Status quo durch Bindungen aller Art zu sichern und den Versailler Vertrag nebst allen Anhängeln in seiner heutigen Form erhalten zu lassen. Es wäre demnach grundfalsch, aus der sich zeigenden veränderten außenpolitischen Taktik der Tschechoslowakei auf eine Aenderung auch der grundlegenden Auffassung und des letzten Zieltes der Gestalter der tschechischen Politik, insbesondere des Dr. Beneš, zu schließen. In der Anschlussfrage vor allem gibt es nur eine Meinung in Prag, und diese heißt: Ablehnung! Und wer aus der neuen freundschaftlichen Annäherung an Österreich etwas auf ein Nachgeben in der nationalstaatlichen Innenpolitik schließen würde, der tritt ganz gewaltig; die Unterdrückung der andersnationalen Völker, in erster

### Die Friedensbedingungen für Abd el Krim

□ Paris, 14. April. (Von unserem Pariser Vertreter.) Die Verhandlungen mit Abd el Krim werden in der nationalistischen Presse als ein Verrat an dem Prestige Frankreichs bezeichnet. Das schwerindustrielle Blatt „Avenir“ teilt heute mit, daß Marschall Foch es erfuhr, daß man jetzt mit Abd el Krim verhandelt und dem Rifführer Gelegenheit geben will, seine Friedensvorschlüge den Franzosen und Spaniern zur Kenntnis zu bringen. Marschall Foch erklärte verschiedenen militärischen Persönlichkeiten, daß man ihn um seine Meinung überhaupt nicht mehr frage. Die Propaganda der nationalistischen Presse soll aber nicht den Glauben erwecken, daß die französischen Unterhändler in Ushakba wirklich friedliche Absichten haben. Im „Welt Parisien“ werden längere Schilderungen über die Vorbereitungen der neuen Offensive veröffentlicht. Das Blatt ist mit, daß eine neue Offensive notwendig sei, um Abd el Krim gefügig zu machen.

Kriegsminister Painlevé teilte gestern abend Pressevertretern mit, es handele sich für den Augenblick nicht um fest umschriebene Friedensanträge, sondern um prinzipielle Fragen, die mit den Unterhändlern Abd el Krims besprochen werden sollen. Auf die Frage, ob Frankreich und Spanien über die Absichten Abd el Krims keine Kenntnis erhalten hätten, erwiderte Painlevé, daß dies nicht der Fall sei. Allgemein wird die Ansicht vertreten, es sei schwer möglich, Abd el Krim für die Abdankung zu gewinnen, denn seine Beziehungen zu den Führern der mit ihm verbündeten Kistämme seien solche, daß ohne weiteres eine Entfernung aus dem Rifgebiet nicht möglich sei.

#### Abd el Krim ist unverwundlich

Nach einer Reutersmeldung aus Tanger hat Abd el Krim nach Berichten von Eingeborenen seinen Untergebenen mitgeteilt, daß er zweifelsfrei erwarte, daß am 16. April ein Waffenstillstand auf allen Teilen der französischen und spanischen Front herrschen werde.

Das Schicksal des Verräters. Der frühere „Adjutant“ des Präsidenten der autonomen Polis, Heinz-Orbis, der Separatist Eugen Pflücker, hat sich in Bischofsweller im Elsch, wohin er sich nach dem Zusammenbruch begeben hatte, erschossen

### Das Volksbegehren zur Fürstenabfindung

#### Das amtliche Ergebnis

□ Berlin, 14. April. (Von uns. Berliner Büro.) Der Reichswahlausschuss hielt am Mittwoch eine öffentliche Sitzung zur Feststellung des endgültigen Ergebnisses des Volksbegehrens zur Frage der Fürstenenteignung ab. Der Reichswahlausschuss stellte fest, daß im gesamten Wahlgebiet (Deutsches Reich ohne Saargebiet) 12522939 Eintragungen erfolgt sind. Das vorläufige Ergebnis betrug 12512000 Eintragungen. U. a. beträgt die Zahl der gültigen Eintragungen in Preußen 753631, in Bayern 751734, in Sachsen 1541066, in Württemberg 467835 und in Baden 500238.

#### Zentrum und Fürstenabfindung

Der Provinzialausschuss der rheinischen Zentrumspartei, der sich mit der Frage der Fürstenabfindung beschäftigt, nahm nach einem Referat des Reichstagsabg. Scheffer eine Entschließung an, wonach sich der Provinzialausschuss der Entscheidung des Reichsparteiausschusses vom 28. Februar 1926 durchaus anschließt und in diesem Sinne an die Reichstagsaktion des Zentrums den dringenden Appell richtet, bei der bevorstehenden gesetzlichen Regelung der Forderung nach weitgehendster Berücksichtigung der allgemeinen Volksverarmung noch mehr als bisher Rechnung zu tragen.

#### Herabsetzung der französischen Völkerbundskosten

Bei der Beratung des Budgets des Außenministeriums im Senat wurde die Summe von 30 Millionen Franken für die Völkerbundskosten auf Antrag der Reaierung ausbehalten. Diese Reduktion soll offenbar eine Runddeutung darstellen, um eine Herabsetzung des französischen Anteils an den Kosten des Völkerbundssekretariats zu erlangen, der, wie ein Redner bemerkte, infolge der Frankendeckelung erhöht worden sei. Der Senat hielt darauf das Budget des Außenministeriums, des Justizministeriums und des Pensionenministeriums sowie das Sonderbudget für staatliche Werkstätten in Höhe von 10 Millionen.

Bei der Beratung des Pensionsbudgets sollte Senator Duquaire Deutschland Anerkennung für die musterhafte Art, wie es die Heimbeförderung der Leiden der in deutscher Gefangenschaft verstorbenen Franzosen genau den bestehenden Abkommen entsprechend organisiert habe. Die Sitzung wurde darauf auf heute vorzeitig vertagt.

Sinie der 3 1/2 Millionen Sudendeutscher, geht unvermindert fort. Und hier liegt von unserem Standpunkt der wunde Punkt: Besserung der zwischenstaatlichen Beziehungen muß aus Gründen der friedlichen Fortentwicklung der Völker stets begrüßt werden, geht eine solche Besserung aber auf Kosten von 3 1/2 Millionen deutscher Volksgenossen und findet man es auf tschechischer Seite nicht für notwendig, das sudendeutsche Volk ansständig zu behandeln, so stimmt uns das zumindestens nachdenklich. Hoffen wir, auch in Wien und in Prag.

### Auch ein „Deutscher“

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (Nr. 494) veröffentlicht der bekannte Schriftsteller Hermann Hesse einen Erläuterung an den Simplizissimus“ betitelten Artikel, dessen hauptsächlichster Inhalt einem größeren Vorkreis nicht vorzuenthalten werden darf.

Der Dichter schildert einleitend, wie er „politisch sonst vollkommen uninteressiert“, seit der Mitte der Vier Jahre durch die „praktische Erschütterung“ des Münchener Währungs- „revolution“ und „begleitend“ worden sei. Dann stellt er anerkennend fest: „Der Geist dieses Blattes war eigentlich nicht deutsch, er kam aus Paris“, er war ferner „international“ und „pazifistisch“. Diese zweifelslos richtige Erkenntnis hinderte jedoch Herrn Hesse keineswegs, gerade den Simplizissimus als den berufensten Kritiker und Richter über deutsche Politik vorbehaltlos anzuerkennen und sich ausgerechnet von ihm über sein deutsches Vaterland aufklären zu lassen. Wörtlich führt er fort:

„Mit Albert Langens Tode begann jener internationale Geist im Simplizissimus abzusterben, und bei Kriegsausbruch sagte Thomas gegen die ursprünglichen und besten Tendenzen des Blattes. Ich habe . . . diesen Sieg am ersten Tage an tief bedauert. Im Sommer 1914 hätte der Simplizissimus entweder sein Erscheinen einstellen oder mit allen nur möglichen Mitteln (auch eine Verlegung nach der Schweiz wäre in Frage gekommen) seinen alten Kampf gegen den Kaiser, gegen den Unteroffiziersgeist und gegen die Klassenjustiz fortsetzen müssen.“ Zum Schluß bedauert Hesse nochmals die damals seitens des Simplizissimus vollzogene „verhängnisvolle Anpassung an den Krieg“ und das Aufgeben der „Kritik an der eigenen Regierung zugunsten eines erfolgreichen Wählungs gegen die äußeren Feinde“!

Jeder Kommentar zu diesen, den Verrat an seinem Lande in grimmigster Weise empfehlenden und verberlichenden Sätzen eines namhaften deutschen Schriftstellers ist vollkommen überflüssig. Daß es zudem ein anerkannt deutschfeindliches Blatt des Deutschland nicht wohlgeheimen Auslandes ist, das dieser „Deutsche“ zur Verbreitung seiner niedrigen Hegearbeit aussersehen hat, läßt diese nur noch nichts würdiger erscheinen, als sie es ohnehin schon ist. Und die „Neue Zürcher Zeitung“, das führende bürgerliche und nationale Blatt der Schweiz, hätte also anscheinend nichts dahinter gesehen, wenn bei Kriegsausbruch ein bisher in Deutschland erschienenen Oppositionsblatt nach der Schweiz gezogen wäre und deren Neutralität durch wüste Beschimpfung des um sein Dasein ringenden befreundeten Reiches andauernd verfehlt hätte; ja, sie würde vermutlich diesen neuen Bundesgenossen in der antideutschen Propaganda sogar freudig willkommen geheißen haben, hat sie doch selber während des Krieges — und erst recht jetzt, als von Deutschland nichts mehr zu fürchten, sondern von dessen neuen Machthabern eher noch zu erwartende Unterstützung ihres deutschfeindlichen Treibens zu erwarten war — mit größter Bereitwilligkeit ihre Spalten solchen „Deutschen“ zur Verfügung gestellt, die den herrlichsten Inhalt ihres Lebens darin erblicken, ihr von der ganzen Welt bekämpfte Vaterland vor den Augen des befreundeten Auslandes zu beschimpfen.

Eugen Wegmann-Zürich.

### Das Schuldenabkommen im amerikanischen Senat

#### Scharfe Kritiken an Mussolini

Washington, 14. April. Bei der Debatte über das Schuldenabkommen mit Italien übte der demokratische Senator Mac Kellan von Tennessee scharfe Kritik an dem Abkommen und griff Mussolini scharf an, den er beschuldigte, er habe die demokratische Weltregierung durch einen Staatsstreich vernichtet und den König und dessen Umgebung mit dem Gelde des italienischen Steuerzahlers bestochen. In Italien sei unter Mussolini jede Art von Freiheit ausgerottet. Es gäbe kein Recht der freien Rede. Den Zeitungen habe Mussolini einen Maulkorb aufgezogen und nicht einmal im Parlament dürfe ein Abgeordneter seine Meinung äußern. Die Wahlen habe er willkürlich verschoben und eine Geheimpolizei eingerichtet, die ebenso schlimm sei wie die russische Tscheka. Von Selbstverwaltung könne nirgends mehr die Rede sein. Der einzige Unterschied zwischen den Methoden Mussolinis und denen Trozkis und Lenins bestünde darin, daß von diesen die kaiserliche Familie ermordet worden sei, während Mussolini die königliche Familie am Leben gelassen habe, nachdem er ihre Zustimmung erkaufte habe.

### Berliner Musikbrief

Von Oscar Wie

Unsere Singschule wird von Mai bis Ende des Jahres geschlossen sein. Die Bühne wird endlich umgebaut. Man wird in dieser Zeit nur bei Kroll weiterspielen. Es ist ein großes Heißes entstehen, daß durch den Bühnenumbau die Hedwigstische noch etwas mehr verbedet werden wird, als sie schon ist. Man versteht den Unmut, nicht nur der tatsächlichen Bürger, die ihre Schöne Hauptkirche bedroht sehen, sondern auch der kunstsinigen Berlinver, die den historisch gewordenen Seitenblick auf die Kirche nicht vernichten wollen. Aber es hilft nichts. Die Sentimentalität muß der Notwendigkeit weichen. Die Opernbühne ist nicht nur technisch völlig unmodern, sie ist auch in höchstem Grade feuergefährlich. Die Polizei wird nicht länger ihr Auge zudrücken, und das Publikum wird, da ein neues Opernhaus in absehbarer Zeit nicht gebaut werden kann, mit Recht die Modernisierung einer Bühne verlangen, die unser erstes Theater endlich auf die Höhe moderner Technik bringt. Der berühmte schöne Zuschauerraum von Knobelsdorff bleibt unberührt, nur das Bühnenhaus wird nach jeder Seite um sechs Meter verbreitert.

Im Zusammenhang damit steht es wohl, daß man in der letzten Zeit verschiedene beachtliche Reinszenierungen, die Ariadne und Parsifal, auf diese bessere Zukunft verschoben hat. Es wird dringend nötig sein, gerade unsere Parsifal zu erneuern, der in zweitem Akt überflüssig ist. Man möge sich in der Oper einen Wagner aufzusuchen, ein Unternehmen, das schon lange nicht gewagt worden ist. Im Grunde ist es auch nicht mehr zeitgemäß. Einen Julius macht man nur, um eine Persönlichkeit durch die Ganzheit ihres Werks zu feiern und die Kulmerkmal auf die Wiffen dieses Künstlers zu lenken. Bei Wagner ist dies, wenigstens in Deutschland, überflüssig. Seine Wiffen ist erfüllt. Seine Werke haben auf dem Repertoire. Die junge Generation, die sich aus einer natürlichen Reaktion von ihm abwendet, wird durch keinen Aktus befehrt werden. Das Publikum wird ihn dadurch nicht anders verehren. Es wird sich weiter auf die alten Opern aus seiner früheren Zeit und auf Tristan und Meistersinger stützen und wird den Ring ein wenig ideal erleben. Man hat den Ring, der ja heute schon von der Bühne zu verschwinden beginnt, zu diesem Zweck neu einstudiert. Es wurde nichts gewonnen. In der Tat, seit der Uraufführung in Dresden bis zu diesen Jahren nach dem Weltkrieg, hat sich der Kunstsin zu wandeln, daß wir von dieser Rolle von Volkswissen, Auffassung, Schicksal in id Prozeduren nicht mehr sonderlich interessiert werden. Auch die demokratische Natur des Volkstheaters verliert für uns in Dornbuschheit. Eine engere Aufnahmefähigkeit der Hauptrollen

### „Bessere Einfälle“ gesucht

Unter dem Titel „Flammzeichen“ erscheint in Breslau ein offizielles Wochenblatt der Deutschnationalen Volkspartei. Der Herausgeber Dr. Krause, zugleich Geschäftsführer der Partei, legt in einem Artikel in Nr. 13 vom 27. März dar, daß die Deutschnationalen gegen den Reichstagsler Dr. Luther in Zukunft ebenso kämpfen werden wie gegen Dr. Stresemann, denn Dr. Luther habe sich in der Reichstagsdebatte in jeder Beziehung in eine Linie mit dem Außenminister gestellt. Dann schreibt Dr. Krause:

„Seit Jahren liegt in der Hand Stresemanns die größte Macht. Sie muß ihm entwunden werden, weil gerade der Außenminister ein Mann sein muß, der Vertrauen besitzt. Die Methoden, ihn von der Macht zu verdrängen, waren bisher nicht glücklich. Im letzten Grunde kommt es darauf an, seiner Außenpolitik nicht nur Kritik entgegen zu setzen, sondern im rechten Augenblick auch neue kaiserliche Vorschläge. Die Aufgabe der nationalen Bewegung besteht zunächst darin, diese Regierung zu stützen, d. h. Stresemann zu verdrängen, aber wirklich gründlich und nicht nur so, daß er einen anderen Reichstagsler beiseite rückt. Da die rechtsstehenden Parteien und die vaterländischen Verbände (?) hierin einig sind, darf nichts geschehen ohne bestes Einverständnis. In der Zwischenzeit muß aber ernst gearbeitet werden an eigener Ausrüstung. Im letzten Grunde kommt alles darauf an, ob uns auf außenpolitischem Gebiet etwas Besseres einfällt wie Herr Dr. Stresemann. — Eine ungeheure Verantwortung aber liegt auf dem Großen Welttag.“

So läßt diese Ausführungen in ihrer ganzen Rohheit, so richtig hat ihr Verfasser doch erkannt, daß es mit der Kritik allein nicht getan ist, sondern daß die Opposition „bessere Einfälle“ haben muß, als die von ihr bekämpfte Regierung. Wäber hat man davon noch nichts gemerkt. Der deutschnationale Geschäftsführer Dr. Krause sieht auch pehmütlich in die Zukunft, denn er kommt am Schluß seiner Ueberlegung zu der Erkenntnis, daß Stresemann nicht leicht zu stürzen sein dürfte. Wie wäre es, wenn die Deutschnationale Volkspartei angedacht dieser ausscheidenden politischen Inferiorität ein öffentliches Preisaus schreiben erläßt, um endlich in den Besitz eines durchführbaren außenpolitischen Programms und damit zu den ersehnten „besseren Einfällen“ zu kommen? Das hätte zum mindesten den Reiz der Neuheit. Auch wir würden uns um den Preis bewerben.

### Die Opposition bei den Deutschnationa'en

Wie der Reichsdienst der Deutschen Presse meldet, sollen sich zwischen dem deutschnationalen Abgeordneten v. Schulenburg und anderen Kreisen seiner Fraktion gewisse Schwierigkeiten ergeben haben. Herr v. Schulenburg, der sich in erster Linie auf die Haltung des mecklenburgischen Landtags stützen soll, ist vor allem in allen wirtschaftlichen Fragen nicht mit der Fraktion einverstanden. Der mecklenburgische Landtag soll sogar mit direkter Opposition drohen haben, da er mit dem Eintreten der Deutschnationalen Partei für die landwirtschaftlichen Interessen in der bisherigen Form unzufrieden ist.

### Das Postpersonal bei Stingi

Reichspostminister Stingi empfindet Vertreter sämtlicher Organisationen des Postpersonals zu einer allgemeinen Zusammenkunft. Er begrüßt die Organisationsleiter als Mitarbeiter, Kameraden und Freunde und betonte die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit. Der Minister behandelte dann die Finanzlage der Reichspost, die wahrheitsgemäß auch in den kommenden Jahren noch sehr gespannt sein werde. Er wählte daher zur Aufrechterhaltung von Beamtenforderungen. Ein einheitliches Lehrprogramm, so führte Dr. Stingi weiter aus, werde ausgearbeitet. Verkehrsleiterungen müßten im Interesse von Wirtschaft und Verkehr nach Möglichkeit aufrechterhalten werden. Anknüpfend forderte er die Organisationsleiter auf, die von starkem Willen und von Vollständigkeit getragenen Bestrebungen der Verwaltung in jeder Weise zu unterstützen. Nur bei Zusammenarbeit aller könne das Ziel der Reichspost erreicht werden, nämlich Wirtschaft, Verkehr, Verwaltung und Personal vorwärts zu bringen.

### Das Reichsbahngericht

Berlin, 14. April. (Von unj. Berliner Büro.) Die Frage, ob die deutsche Reichsbahngesellschaft in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber der deutschen Sprachbehörden, insbesondere dem Reichsarbeitsministerium unterstellt ist, dürfte nicht nur die Arbeitgeber beschäftigen, sondern liegt auch dem 1. St. vom Reichstag gestellten Reichsbahngericht in Leipzig zur Entscheidung vor. Die Reichsbahn hat jetzt ihren sehr umfangreichen Schriftsach diesem Gericht übergeben, so daß in kürzester Zeit die Verhandlungen, die in der Hauptsache nur schriftlich geführt werden, beginnen dürften. Lediglich für den Fall, daß also scharfe Gegenstände in der Auflösung der Juristen in beiden Lagern zu Tage treten sollten, wird das Gericht die Vertreter der Gewerkschaften und der Hauptverwaltung zu einer informativen Verhandlung nach Leipzig laden.

und eine Konzentrierung ihrer kaiserlichen Konflikte in Boaner dramaturgisch miltungen. Reserbeer hat das in den Hauptrollen viel besser gemacht. Es bleiben verblüffende musikalische Effekte und Genialität, die den kommenden Mann abnen lassen, aber das Genial nicht mehr. Ich glaube, man rednete endgültig mit Riniel ab, zumal wir keine erste Darsteller, nur einen ausen Dirigenten, dafür haben, den wiederaufgenommenen Leo Blech.

Leo Blech hat sich neben Kleiber nun wieder sehr erfolgreich eingestellt, der Generalmusikdirektor von Tiel neben dem Generalintendanten von Am. Sie teilen sich in den Wagnerzyklus und außerdem hat man die würdige Idee gehabt für die vier Ringabend wieder einmal Karl Muc zu zitiern, der feinergeigt nach seiner Rückkehr aus Amerika, obwohl er für Deutschland gelitten hatte, für schließlich behandelt worden war. Man wird auch sonst erste Dirigenten öfters gastweise herbitten, aber die Ringblode bleibt die Kombination Kleiber-Blech. Da wir immer noch keinen Intendanten haben (es wird sehr schwer sein und es geht auch so), ist diese Grundlage ausschlaggebend für die Entwicklung der ersten deutschen Oper. Die Kombination war schon sehr richtig. Kleiber brauchte nach seinem Kontrakt keinen prominenten Dirigenten über sich zu lassen, er nahm also Blech unter sich, weil er wußte, daß sich dieses auch beschränkte Amt wichtiger sein würde, als ein fälscher Ehrgeiz. Andererseits konnte man sich auf Blech verlassen, weil man annahm, daß er nicht noch einmal den großen Fehler begehen würde, eine solche Stellung aufs Spiel zu setzen. Kleiber wird immer mehr seine Berliner Position benutzen, um darauf eine große internationale Tätigkeit aufzubauen. Blech ist ein Mensch der Familie und der Heimat, er wird seinen Platz nicht verlassen und im Zentrum des Intimus seinen Platz und seine Zuverlässigkeit ruhig wirken lassen.

In der Singschule Oper wirkt Bruno Walter mit einer viel umfassenderen Macht als Dirigent und Organisator. Man wird das endgültige Urteil über seinen Aufbau erst später fällen können, wenn die zahllosen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Uebergangszeit überwunden sind. Es scheint, daß er im besten Einverständnis mit dem Intendanten Tietjen, sowohl in Fragen der Spenerie als des Personals ein einheitliches System verlegt, das seine Münchener Erfahrungen verwertet. Er pflegt die kleine, seine Spieloper, obwohl dieser Richtung von ihm zunächst in einem Widerspruch zu dem Format des Hauses steht. Er umgibt sich mit seiner Münchener Garde, hat Herrn Weis nicht bloß als Sänger, sondern auch als Regisseur herüber und übernimmt auch Brecht aus, den Münchener Romanist. In diesem Sinne hat er die Einführung herausgebracht, auch Don Quixote, das jetzt Cost hat tiefe hinübergeführt und endlich den Barbier von Sevilla, den er nicht mehr selbst dirigiert, weil er kurz vor seiner Londoner Reise liegt.



## Deutsche Volkspartei

### Zum Landesparteitag

Wir machen an dieser Stelle nochmals auf den am nächsten Samstag, abends 8 Uhr, im großen Saale der Volkshäuser stattfindenden

### Vortrag des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius

aufmerksam. Karten zu N. 1.— erhältlich auf der Geschäftsstelle, Romenstr. 17, und soweit noch vorhanden an der Abendkasse.

Nach dem Vortrag findet ein Vegrühungsbund für die Teilnehmer am Parteitag statt, zu dem die Mitglieder der Deutschen Volkspartei freundlichst eingeladen sind. Eintrittskarten hierzu kostenlos ebenfalls auf der Geschäftsstelle.

Der Vorstand.

### Badische Politik

#### Parteitag der badischen Kommunisten

Die badischen Kommunisten hielten am Samstag und Sonntag in Heidelberg ihren Parteitag ab. Am ersten Tage beschäftigten sie sich hauptsächlich mit der Propagandstätigkeit innerhalb der Gewerkschaften und der ländlichen Bevölkerung. Am Sonntag sprach Reichstagsabg. Kenzler-Rannheim über die Organisation der Partei in Baden. Dabei leitete er Reuegründungen rein kommunistischer Gewerkschaften ab und schlug vor, die Kommunisten sollten in die bereits bestehenden Gewerkschaften eintreten und dort Einfluß zu gewinnen suchen. Als politischer Vorkämpfer wurde der Landtagsabg. Schred und als Organisationsleiter Landtagsabg. Ritter bestimmt. Der Parteitag nahm eine Entschließung an, die die Wiederaufnahme der Parteitätigkeit der früheren Landtagsabg. Frieda Unger verlangt.

### Lezte Meldungen

#### „Los Angeles“ fliegt wieder

(Spezialabteilung der United Press)

Los Angeles, 14. April. Das Luftschiff „Los Angeles“, früheres „R. A. M.“, hat einen glänzend verlaufenen Probeflug von zwei Stunden gemacht, nachdem es über ein Jahr in der Luftschiffhalle still gelegen hat. Das Luftschiff war durch Schure aus dem von den Amerikanern angedachten Konkurslotter so schwer beschädigt worden, daß u. a. fast der gesamte Kiel erneuert werden mußte. Die Inbetriebnahme wurde weiter verzögert durch den Unsturz einer „Schenadoch“, bei dem fast der gesamte Hüllraum verloren gegangen war. Bei der Renovierung der „Los Angeles“ hat man im Gegensatz zu der „Schenadoch“, bei der man die Ansicht der Sicherheitsventile an den Ballons nicht vernichtet hatte, alle unvorläufig in Friedeichshafen angedachten Ventile ausgetauscht. Dies ist besonders auf die Kritik des deutschen Luftschiffbauers Anton Heinen zurückzuführen, der bei seinen Auslesen vor dem Untersuchungsamt die Veränderungen an den Ventilen für das Untertreiben der „Schenadoch“ verantwortlich machte. Kommandant Stuel von der „Los Angeles“ erklärte, daß sich das Schiff in jeder Hinsicht bei dem Probeflug bewährt habe.

#### Heidelberg Chronik

Kr. Heidelberg, 14. April. (Vg. Traubbericht.) Am kommenden Sonntag beginnt der Heidelbergische Archäologe Geh. Rat Prof. Dr. Friedrich v. Duhn seinen 70. Geburtstag. Er ist jetzt noch als Honorarprofessor tätig und wird am Strullischen Kongreß teilnehmen, der am 27. April in Florenz beginnt. — Konstitutional-Direktor a. D. Geh. Rat v. Wagner, früher Vorkämpfer des protestantischen Konstitutionalismus in Speyer und jetzt in Heidelberg, bezieht in körperlicher und geistiger Hinsicht seinen 80. Geburtstag. Eine Anordnung des protestantischen Landesbischofs hat der Pfalz überbrachte dem Jubilar eine Glückwunschadresse. — Vom Sonntag nachmittags bis Dienstag vormittags wird der Eisen bei Wieslingen abgelassen, um etwaige Schäden am Kanal schließt. Der Redar hat 3-St. einen ziemlich niedrigen Wasserstand.

Hamburg, 14. April. Der hiesige Hungerkünstler Horst, der mit 31 Tagen den Rekord halten wollte, wurde gestern in bedenklichem Zustande ins Krankenhaus gebracht.

Paris, 14. April. In Bobigny bei Paris stehen zwei Straßenbahnwagen zusammen, wobei 19 Fahrgäste verletzt wurden.

Nizza, 14. April. Hier wurde ein Däne namens Schröder verhaftet, der auf einer dänischen Bank nach Unterschlagung von zwei Millionen Franken geflüchtet war.

Das hiesige Konzertleben, nicht sehr reich an Recitiven und neuen Künstlerentdeckungen, geht immer mehr in die Höhe. Was heute wir hoffen von der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik, die eine Berliner Orchestergruppe gebildet hatte und es als Aufgabe hätte sehen müssen, unsere Stadt wieder in den Kreis der modernen Weltmusik einzuschließen. Es gab nur ein paar schwächliche Kammermusik-Konzerte und jetzt auch ein einziges Orchester-Konzert, das man in einer Interessengemeinschaft mit den Sonntagabendenden des Roman Symphonieorchesters veranlassen unter der Direktion von Oscar Fried. Dieser Fried, protégierter von Richter und Mad, einer der temperamentvollsten und musikalischsten Künstler unserer Zeit, hat im Ausland viel von sich reden gemacht, in Berlin aber immer den Anschluss verweigert. Auch diese seine Abende, voller interessanter Programme, ließen nicht vernünftigen außer das Publikum. Durch die Kombination mit der Internationalen war der letzte Abend immertun etwas angereicherter. Eigentlich Neues gab es nicht: die Bassocaccia von Webern, die Tangente von Bartok, ein paar schöne Stücke aus der Orangerie von Protopopoff und das Violin-Konzert von Krenel, dieses außerordentlich bedeutende und frische Werk, das Klma Rodie mit ihrer unglücklichen modernen Technik und unfehlbaren musikalischen Intelligenz wieder zu einem großen Erfolge brachte. Ein gewisses Zentrum des musikalischen Fortschritts liegt in der Entwicklung der modernen Violinliteratur, Krenel, Hindemith, alle von dieser Rolle spielend bewußt und in die Welt gestellt. Die Schule von Blech liegt nicht ohne, zu welcher Bestimmung dieses Mädchen berufen ist.

### Literatur

Goethes Märchen. Mit einer Einführung und Stoffamplifikation zur Geschichte und Nachgeschichte des Märchens. Von Theodor Friedrich. I. B. 688/89. Verlag: Phil. Reclam jun., Leipzig. — Goethes Märchen haben auch heute noch den ursprünglichen Glanz höchster künstlerischer Vollendung, der jeden Unbefangenen von Anfang bis Ende in ihren Bann zwingt und im reinen Genießen volle Befriedigung gewährt. Sie sind stets der Gegenwart eifrigster Forschung und Deutung gewesen; die sich immer ändernde Betrachtungsweise hat stets neue Gesichtspunkte und Bemerkungen ausgedrückt. Der vorliegende Band stellt die Ergebnisse neu zusammen und überprüf sie. Er gibt somit jedem, der die Geschichte der Märchen kennenlernen und sich in ihren Sinn vertiefen will, die wichtigsten Forschungsergebnisse klar und übersichtlich zusammengefasst an die Hand.

Städtische Nachrichten

April

Man sagt: Es gibt in jeder Herde ein räudiges Schaf... Was ist das für ein räudiges Schaf? ...

Was lieblich lächelt uns die Morgenröte entgegen, die der April... Was lieblich lächelt uns die Morgenröte entgegen, die der April...

Über lange machen wir nicht, wir fürchten uns vor nichts... Über lange machen wir nicht, wir fürchten uns vor nichts...

Blas nur ihr Stürme, blas mit Macht, Wir soll darob nicht bangen... Blas nur ihr Stürme, blas mit Macht, Wir soll darob nicht bangen...

M. Gr.

Arbeitsvermittlung im Amtsbezirk Mannheim. Die Zahl der... Arbeitsvermittlung im Amtsbezirk Mannheim. Die Zahl der...

Unterichtsbeginn der Volks- und Fortbildungsschule. Am... Unterichtsbeginn der Volks- und Fortbildungsschule. Am...

Schwerer Betriebsunfall. Auf einem Lagerplatz ereilt gestern... Schwerer Betriebsunfall. Auf einem Lagerplatz ereilt gestern...

Ein Radlerunfall ist gestern nachmittag wieder dadurch... Ein Radlerunfall ist gestern nachmittag wieder dadurch...

Vorsicht beim Ueberschreiten der Straßel. Gestern vormittag... Vorsicht beim Ueberschreiten der Straßel. Gestern vormittag...

Beim Spielen ins Motorrad gekracht. Beim Spielen gestern... Beim Spielen ins Motorrad gekracht. Beim Spielen gestern...

Zusammenstöße ereigneten sich im Laufe des gestrigen Tages... Zusammenstöße ereigneten sich im Laufe des gestrigen Tages...

Festnahme. Gestern nachmittag fuhr ein 47 Jahre alter Kraft... Festnahme. Gestern nachmittag fuhr ein 47 Jahre alter Kraft...

Festnahme eines ungetreuen Beamten. In Würzburg... Festnahme eines ungetreuen Beamten. In Würzburg...

Sein 25jähriges Geschäftsjubiläum begeht am morgigen... Sein 25jähriges Geschäftsjubiläum begeht am morgigen...



Veranstaltungen

Klopfer-Gastspiel im Apollotheater. Direktor Johariad hat... Klopfer-Gastspiel im Apollotheater. Direktor Johariad hat...

Aprilmiete in Baden 94 Proz. Die gefällige Miete, die bisher... Aprilmiete in Baden 94 Proz. Die gefällige Miete, die bisher...

Die erste Woche des diesjährigen Flugverkehrs. Nach Ablauf... Die erste Woche des diesjährigen Flugverkehrs. Nach Ablauf...

Guter Wildbestand in den Rheinniederungen. Allem Anschein... Guter Wildbestand in den Rheinniederungen. Allem Anschein...

Film-Rundschau

H. Alhambra. Nachdem die Deulig-Bohle Nr. 15 mit... H. Alhambra. Nachdem die Deulig-Bohle Nr. 15 mit...

W.R. Palast-Theater. Menschen untereinander! Von... W.R. Palast-Theater. Menschen untereinander! Von...

Kontrollstellen für das besetzte Gebiet. Als Kontrollstellen... Kontrollstellen für das besetzte Gebiet. Als Kontrollstellen...

Dem Apfel sein Kern

Von Fritz Müller

Mein kleiner Hans! wird von der Mutter unterrichtet. Heute... Mein kleiner Hans! wird von der Mutter unterrichtet. Heute...

Kern wird ihm noch frühzeitig genug beim Lesen guter hoch... Kern wird ihm noch frühzeitig genug beim Lesen guter hoch...

Mutti, daß mal auf, der Hans! - Wer ruft? - Höre ich meine Frau. - Aber, Mutti, fährt Hans! davon... Mutti, daß mal auf, der Hans! - Wer ruft? - Höre ich meine Frau...

Theater und Musik

Nationaltheater Mannheim. Verdis 'Maskenball' bildet... Nationaltheater Mannheim. Verdis 'Maskenball' bildet...

Literatur

Die Blätterzeit des Vbaronenreichs. Von Prof. Dr. G. Stein... Die Blätterzeit des Vbaronenreichs. Von Prof. Dr. G. Stein...



# Gesetz und Recht

## Übersicht über die neuesten badischen Gesetze und Verordnungen

In der Beantragungsverordnung vom 17. Dezember 1919 haben die §§ 7 und 12 neue Fassungen erhalten.

Der Verkehr mit Kraftfahrzeugen ist durch eine Verordnung des Ministers des Innern vom 9. Februar 1926 (Gesetz- und Verordnungsblatt S. 29) unter Aufhebung der früheren Bestimmungen neu geregelt worden.

Die Personal-Abbau-Verordnung hat nach ihren Nachträgen, durch die Verordnung vom 28. Januar 1926 herbeigeführten Änderungen eine neue Fassung erhalten, die in Nr. 7 des Gesetz- und Verordnungs-Blattes veröffentlicht worden ist. Dabei sind die alte Fassung vom 29. Februar 1924 und die neue einander gegenübergestellt worden.

Ueber die Mädchenrealschulen hat das Staatsministerium am 20. Februar 1926 (S. 53) eine Verordnung erlassen, wobei die Verordnung vom 29. März 1913, die höheren Beschränkungen für Mädchen betreffend, aufgehoben, sowie die Verordnung vom 18. September 1909, die Einrichtungen der höheren Beschränkungen betreffend, geändert worden sind.

Die Schiffsahrt und Fischerei auf dem Neckar im Innern neu geregelt, als in der Verordnung vom 16. April 1894 ein § 10a eingefügt worden ist (Verordnung des Ministers der Finanzen vom 28. Februar 1926, S. 54).

Für Reueichungen und Racheichungen hat der Minister des Innern am 2. März 1926 (S. 57) eine Verordnung erlassen.

Ueber die Kirchensteuer bestimmt der Minister des Kultus und Unterrichts am 1. März 1926 (S. 57) die Steueranordnungen für das Kirchensteuerjahr 1926 bei den Lohnsteuerpflichtigen und im übrigen.

## Aktuelle Entscheidungen

### Was ist ein Gefälligkeitsdarlehen?

Die Frage, wann ein Gefälligkeitsdarlehen vorliegt, ist für den Gläubiger von größter Bedeutung, denn in diesen Fällen liegt keine Vermögensanlage vor, und es ist folglich eine volle Aufwertung, bis zu 100 Proz. unter Umständen, ohne weiteres möglich. Bei der Frage des Gefälligkeitsdarlehens sind einmal die inneren Beweggründe der Hingabe des Darlehens, sodann die äußeren Bedingungen des Darlehens zu berücksichtigen.

Das Oberlandesgericht Hamburg sagt in einer Entscheidung vom 30. September 1925, daß ein Gefälligkeitsdarlehen jedenfalls schon dann vorliegt, wenn Hilfsbereitschaft das wesentliche Motiv der Darlehensgewährung bildet. Gefälligkeitsdarlehen sind in der Regel zu fordern, welche lebensfremd sind, denn im Leben sind immer mehrere Motive bei einer Handlung mitwirkend. Maßgebend ist nur, das Stärkerhältnis, in welchem die einzelnen Motive zu einander stehen.

Als äußere Umstände, die für ein Gefälligkeitsdarlehen sprechen, sind kurze Hingabe, Verzicht auf die üblichen Zinsen, Verzicht auf die üblichen Sicherheiten, jederzeitiges Rückzahlungsrecht des Schuldners und andere Umstände, welche die Stellung des Schuldners erleichtern, anzusehen. Selbstredend sind nicht alle diese Umstände zusammen nötig, es genügt, wenn einzelne von ihnen vorhanden sind, auch wird im Regelfalle, die Hingabe eines Darlehens an nahe Verwandte zu besonders günstigen Bedingungen als Gefälligkeitsdarlehen anzusehen sein. Es sei aber bemerkt, daß die Rechtsprechung in der Annahme eines Gefälligkeitsdarlehens in allgemeinen recht enge Grenzen zu ziehen pflegt. Die Frage ist in jedem einzelnen Falle genau zu prüfen, obige Grundzüge können nur Richtlinien sein.

Rechtsanwalt Dr. Otto Simon-Mannheim.

## Pollzeiliches Einschreiten gegen geräuschvolle Betriebe

Durch die in § 27 der Reichsamerbeordnung getroffene Anordnung von Schutzmahregeln gegen gewerbliche Anlagen ist in Preußen die Befugnis der Polizeibehörde zum Einschreiten aus § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts nicht ausgeschlossen, falls der lärmende Betrieb Gesundheitsgefahren herbeiführen könnte. Unrichtig ist es, daß nur die Klage aus § 906 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Anwendung von Schutzmahregeln aus dem Betriebe einer gewerblichen Anlage gegeben, ein polizeiliches Einschreiten aber ausgeschlossen sei. Sobald die Schutzmahregeln gesundheitsschädlich wirken, ist die Polizeibehörde einschreiten berechtigt. Große Rastelle und Ventilatoren, die in großer Zahl in der Luft schweben und für nervös und sonst krank Personen vorteilhaft dauernden Vergnügens sein, sind nach keine Gefahren im Sinne des § 10 II 17 und vernachlässigbar ein polizeiliches Einschreiten auf dieser Vorschrift nicht zu rechtfertigen. Selbst bei erwiehener Gesundheitsgefährdung war aber die Polizeibehörde nicht berechtigt, den Betrieb des Sägemerks zu untersagen. Die Polizei darf dem Einzelnen nur die zur Erfüllung ihrer Aufgaben nötigen Einschränkungen auferlegen; die an den Urheber eines Gesundheitsgefahr herbeiführenden Maßnahmen des polizeilichen Amtes unentbehrlich sein. Nicht der gesamte Sägemerksbetrieb ist die Quelle etwaiger Gesundheitsgefahren, sondern die das Geräusch verursachenden Betriebsanlagen. Nur diese Gefahrenquelle zu verstopfen war die Polizei berechtigt. Wenn sie den gesamten Betrieb unterlasse, bis einzelne von ihr angeforderte und ohne Einstellen des Betriebes ausführbare Betriebsänderungen vorgenommen seien, so tinge sie infomeit über das zur Erreichung des polizeilichen Amtes nötige Maß hinaus. (Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 15. Oktober 1925, III B 30/25).

## Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit von Grundstücksverkäufen aus der Inflationszeit

In den Inflationsjahren, besonders in den Jahren 1922 und 1923 haben zahlreiche Grundstücks- und insbesondere Hauseigentümer aus Gründen wirtschaftlicher Not oder aus Heranziehung der Renten aus dem Verkauf ihrer Grundstücke, vielfach alten Familienbesitz, für so und so viele Hunderttausende, Millionen oder Milliarden Bayerische Mark verkauft. Nach Schwälzen einer neuen Reichswährung stellte sich heraus, daß der Goldmarkbetrag dieser riesigen Papiermarksummen ein lächerlich geringer war und nur einen verschwindend kleinen Bruchteil des Verkehrswertes der Grundstücke ausmachte. Die Hoffnung, daß das Aufwertungsrecht des Kaufers oft um ihren vollen Grundwert aus dem Inflationsverlauf eine handbabe bieten werde, nachträglich eine Verwirklichung des Kaufpreises vorzunehmen, hat sich nicht erfüllt. Auf Grund des Aufwertungsgesetzes kann nur dann geltend gemacht werden, wenn ein Teil des Kaufpreises gesunken und durch Eintragung einer Hypothek gesichert wurde. In diesem Fall kann Aufwertung der Restkaufschulden unter Umständen über 100 % des Goldmarkbetrages erfolgen. Gerade in der schlimmsten Inflationszeit, also im Jahr 1923, wurden Grundstücke aber meistens gegen Barzahlung verkauft. Auf Grund des Aufwertungsgesetzes ist hier nichts zu machen.

Wiesch wird nun versucht, derartige Grundstücksverkäufe als neuem die alten Seiten verstehend, beim weoen Wuders rickdänna zu machen (§ 138 BGB.), oder weoen Irrtums über den Wert des Kaufpreises anzusehen. (§ 119 bzw. 142 BGB.). Die Rechtsprechung hat sich bis heute diesen Versuchen ablehnend verhalten, obwohl manche Fälle so trug liegen, daß sie rein zufällig möglich dazu würden, einzureisen und einen erheblichen Zusatz zu machen. So hat das Reichsgericht noch in einer Entscheidung vom Juli 1925 den Irrtum über den Wert des Kaufpreises als nicht aus-

reichend für eine Anfechtung des Kaufes bezeichnet, weil es sich nur um einen Irrtum im Beweggrund handle, um ein Verkehrsurteil über die jeweilige Kaufkraft, nicht um einen Irrtum über den Wert als Sachgegenstand des Kaufes. Andere Gerichte haben das Vorliegen von Grundstückskaufverträgen verneint, weil die Kaufkraft der Papiermark auf dem Grundstücksmarkt auch in der stärksten Inflationszeit noch recht beträchtlich und somit der damalige Wert der Grundstücke tatsächlich nicht höher gewesen sei, als der gewählte Kaufpreis. Gerade wegen dieser letzteren Begründung läßt sich allerdings mancherlei einwenden und auch die Krone der Irrtumselbst, in dem vom Reichsgericht entschiedenen Sinne ist nicht unbedenklich. Die Unmöglichkeit einer Anfechtung würde, wie bereits früher geltend gemacht, auch in anderen Beziehungen von Wichtigkeit sein, nämlich im Falle der Abtretung einer Papiermarkhypothek vor dem 15. Juni 1922, die jetzt nach dem Aufwertungsgezet nur für den Zeltionar aufgewertet wird.

Die hier angeführte Frage wird in der juristischen Fachpresse neuerdings lebhaft erörtert, was nur zu begrüßen ist. Das letzte Wort ist in der Sache noch längst nicht gesprochen, jedoch muß auch vor übertriebenen Hoffnungen gewarnt werden. Ich werde demnach wieder auf die Sache zurückkommen.

Amtsgerichtsrat v. Frankenberg-Mannheim.

## Wann beginnt die Verzinsung des Hypothekenaufwertungsbetrags bei in der Rückwirkungszeit gelöschten Hypotheken?

In der Streitfrage, ob die Vorschrift des § 28 Abs. 2 des Aufw.-Ges. sich nur auf die Verzinsung der Hypothek oder auch auf die Verzinsung der persönlichen Forderung bezieht, geht die herrschende Meinung im Anschluß an die Kommentierung von Rögger u. Schlegelberger dahin, daß die Ausnahmebestimmung des § 28 Abs. 2 auch für die persönliche Forderung gilt. Mit Bezug auf die Wiedereintragung der gelöschten Hypothek lautet die gesetzliche Vorschrift: „Wird die Hypothek infolge Aufwertung trotz Rückwirkung wieder eingetragen, so beginnt die Verzinsung erst mit dem Beginn des auf die Wiedereintragung folgenden Kalenderjahres.“

In der Beilage Gesetz u. Recht vom 3. Februar ds. Js. hat Amtsgerichtsrat v. Frankenberg-Mannheim es für unzulässig erklärt, daß der Gläubiger von den Schuldnern, wenn es sich um gelöschte Hypotheken handelt, die Verzinsung der persönlichen Forderung rückwirkend ab 1. Januar 1925 verlangt. Ist die Hypothek, obgleich sie heimbezahlt worden ist, im Grundbuch noch nicht gelöscht, dann beginnt die Verzinsung am 1. Januar 1925. Ist die Hypothek dagegen in der Rückwirkungszeit gelöscht und jetzt wieder eingetragen worden, dann beginnt die Verzinsung erst nach der Wiedereintragung des Rechts. Wird die Hypothek am 30. März ds. Js. wieder eingetragen, so beginnt die Verzinsung mit dem 1. April d. Js.; wird die Wiedereintragung im Grundbuch erst am 2. April vollzogen, so laufen die Zinsen erst vom 1. Juli d. J. ab. Das gilt auch für die Verzinsung der persönlichen Forderung.

Das Bad. Justizministerium hat in der Frage der Verzinsung auf die herrschende Ansicht Rücksicht genommen; in einem Erlass vom 8. März d. J. ist die Erwartung ausgesprochen worden, daß die Aufwertungsstellen die rasche Durchführung der anhängig gewordenen Aufwertungsverfahren mit allen zu Gebote stehenden Mitteln fördern. In dem Erlass heißt es: „Auf Beschleunigung muß insbesondere in den Fällen gesehen werden, wo im Hinblick auf die Bestimmungen des § 28 Abs. 2 Aufw.-Ges. eine Hinausschiebung des Zeitpunktes der Verzinsung zu befürchten wäre.“

Eine solche Befürchtung wäre nicht anzunehmen, wenn für die persönliche Forderung die Hinausschiebung des Beginns der Verzinsung nicht eintreten würde.

Voraussetzung der Verzinsung ist die Wiedereintragung der Hypothek. Daraus folgt Schlegelberger, daß, wenn der Eigentümer oder Schuldner die Hypothek zurückbezahlt, bevor sie wieder eingetragen wird, überhaupt keine Zinsen zu bezahlen sind.

Amtsgerichtsrat v. Frankenberg, dem wir die vorstehenden Ausführungen zur Klärung mitgeteilt haben, schreibt uns, daß der Artikel f. G. nicht den Ausführungen seines Artikels vom 3. 2. widerspricht. Ich habe mich der herrschenden Meinung angegeschlossen, die den § 28 Abs. 2 Aufw.-Ges. auch auf die persönliche Forderung anwendet. Ich gebe zu, daß bei der großen Arbeitsüberlastung der Aufwertungsstellen die Verzinsung der Wiedereintragung für die Gläubiger recht unangenehm ist und wäre daher durchaus dafür, daß die Bestimmungen des § 28 Abs. 2 überhaupt aufgehoben werden.

## Störung der Nachtruhe durch Hähnekrähen

Im Breußen ist gemäß § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts eine polizeiliche Verfügung zulässig, wenn durch eine Handlung oder einen Zustand eine Gefährdung von Leben oder Gesundheit herbeigeführt wird. In dem vom Oberverwaltungsgericht am 17. September 1925 (III B 8/25) entschiedenen Falle hatte der Hahn des Käfers von 3 Uhr früh ab frühzeitig gekrächelt und hierdurch die Nachtruhe der benachbarten Eheleute des B. und des W. selbst dauernd gestört. Die Nachtruhe ist von 10 Uhr abends an zu rechnen. In ihrer vorläufigen Sitzung ist eine solche Gefährdung zu erkennen. Eine Häufung sich wiederholender Störungen der Nachtruhe ist nicht bloß eine Belästigung und ein Nachteil, sondern sie ist ansehnlich, krankt Personen oder solche in vorerwähntem Alter in ihrer Gesundheit zu schädigen. Dabei ist es unerheblich, ob durch das Krähen des Hahnes andere Bewohner des Hauses in ihrer Nachtruhe nicht beeinträchtigt worden sind, da es für die Verwirklichung der Polizei zum Einschreiten genügt, wenn auch nur eine Person in ihrer Nachtruhe durch das Krähen gekrächelt und damit in ihrer Gesundheit gefährdet ist. Es ist ohne Bedeutung, ob das Ehepaar B. durch die Wohl eines anderen Schlafstimmers sich vor der schädlichen Einwirkung des Krähens hätte schützen können, denn das Ehepaar ist zu einem Wechsel des Schlafstimmers aus Rücksicht auf die Wünsche des Käfers nicht verpflichtet. Die Polizei durfte aber lediglich die Entfernung des die Nachtruhe störenden Hahnes verlangen, nicht auch gleichzeitig die der mittelbaren Störung des Hahnes, da kein Anhalt dafür vorliegt, daß auch die Nachtruhe störende Geräusche verursacht. Die polizeiliche Verfügung ging hiernach zu weit und mußte deshalb aufgehoben werden.

## Ungünstige Zeugnisse

Ueber den Wert von Zeugnissen, die der Angestellte bei Beendigung seiner Tätigkeit ausgestellt erhält, geben die Meinungen bekanntlich sehr auseinander, wobei die Ansicht vorherrscht, daß meistens, und zwar vielfach sogar gegen die Überzeugung des Arbeitgeber, doch nur Lobendes gesagt und eine tabulante, aber berechtigte Kritik unterdrückt wird. Diese Meinung ist so allgemein verbreitet, daß der Angestellte vielfach glaubt, einen Anspruch auf ein lobendes Zeugnis zu haben. So dachte auch der Angestellte einer Firma in Glanbach, der in der Werbung „Herr X. hat sich bemüht, unsere Anforderungen zu entsprechen“, eine unzulängliche Kritik seiner Leistungen erwiderte und dieserhalb zum Redd pingu. Das Gewerbeamt Glanbach wies indes seine Klage ab und erachtete damit die beantragte Fassung des Zeugnisses für zulässig. Es führte in der Begründung u. a. aus: „Wenn auch eine Bemängelung aus dem Zeugnis herausgehoben werden kann, so ist doch nicht außer Acht zu lassen, daß die Zeugnisse mit den Leistungen des Klägers — ob mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt — mindestens in der letzten Zeit nicht voll zufrieden war, doch ein Zeugnis über die Führung und Leistungen aber der Wahrheit zu entsprechen hat und ein Arbeitnehmer keinen Anspruch hat, nur Lobsprüche in sein Zeugnis geschrieben zu erhalten.“

## Sind Vergleiche im Steuerverfahren zulässig

Die Reichsabgabenordnung enthält keine Vorschriften darüber, ob und inwieweit sich die Finanzbehörden im Steuerermittlungs- und Nachmittlungsverfahren über einzelne Punkte der Besteuerung mit den Steuerpflichtigen bindend vergleichen können. Auch in den Steuererlassen finden sich nur vereinzelt solche Vorschriften, so betreffen nur die Zulässigkeit von Vergleichsverfahren ohne genaue Ermittlung der Steuer, so im § 38 des Erbschaftsteuergesetzes, § 14 des Verpfändungssteuergesetzes. Allerdings sind die Steuerermittlungsbehörden oft geneigt, sich mit dem Steuerpflichtigen über einen bestimmten steuerlichen Teilbestand, insbesondere eine bestimmte Schätzung des Wertes des Gegenstandes der Besteuerung zu verständigen, der als Grundlage für die Steuerfestsetzung angenommen werden soll. Die Steuer wird dann auf Grund dieser Vereinbarung festgesetzt, und der Steuerpflichtige hat keinen Anlaß, gegen die Festlegung im Rechtsmittelverfahren vorzugehen. Mit diesen Verständigungen ist aber noch nichts für das Bedürfnis und die rechtliche Möglichkeit eines bindenden Vergleichs gewonnen, der für den Steuerpflichtigen stets den Verzicht auf die Einlegung eines Rechtsmittels oder die Jurisdiktion eines solchen in sich schließt. Zu einem Vergleich wird sich der Steuerpflichtige nur herbeilassen, wenn für ihn damit der Steuererlass im ganzen ein für allemal abgetan ist. Für einen Vergleich auch über das anzuwendende Recht läßt sich kein Grund finden, da die Steuerbehörde das Recht kennen muß und Fälle, in denen die Rechtslage so verworren ist, daß sich nicht durchfinden läßt, welche Seite vorzuziehen ist, für welche die Nachbesteuerung in den gesetzlich vorgesehenen Fällen der geeignete Ausweg ist. Ohne Bindung in der Rechtsfrage ist aber auch die Bindung über den Teilbestand zweifellos, da eine veränderte Beurteilung häufig auch den Teilbestand in anderer Ausdehnung, in anderer Anwendung oder unter einem anderen Gesichtspunkte erfolgt, als er Gegenstand des Vergleichs war. Auch sonst ergeben sich Bedenken gegen die Zulassung bindender Vergleiche. Ein Vergleich würde nur einen Zweck haben, wenn damit für beide Teile die Sache schlüssig abgetan ist. Damit würde ihm aber eine weitergehende Bedeutung zukommen, als sie ein rechtskräftiger Steuererlass oder eine Rechtsmittelentscheidung hat, da gegenüber einer solchen noch immer Nach- und Neuveranlagungen im Rahmen der §§ 76, 212 der Reichsabgabenordnung zulässig sind. Die Zulassung von Vergleichen würde mithin Zuständigkeiten für die Steuerermittlungsbehörden begründen, die den Rahmen des ihnen eingeräumten Ermessens sprengen würden (Entsch. des Reichsfinanzhofes vom 20. Oktober 1925, II A 453/25).

## Verschiedenes

### Automobilversicherung

Die Praxis der verhältnismäßig noch recht jungen Automobilversicherung ist in gewissen Grenzfragen noch unstritten und die Meinungen der Parteien geben oft im Schwankende auseinander. Eine gewisse Klärung bringt nun folgende, aus dem Verband der Automobilversicherer Deutschlands e. V., Dresden-Berlin, mitgeteilte grundsätzliche Reichsgerichtsentcheidung durch welche die Frage geklärt wird, ob unter dem Ausdruck „reiner Brandschaden“ bei einer Automobilversicherung auch solche Schäden zu verstehen sind, die infolge Unfalls durch einen Rad- oder Speichenbruch entstehen. Unter Billigung einer Entscheidung des Kammergerichts zu Berlin hat das Reichsgericht diese Frage verneint und die Versicherungsgeellschaft für den Automobilunfall dem Versicherten gegenüber ersparlich erklärt. In den reichsgerichtlichen Entscheidungsbegründungen hierzu heißt es: „Die betreffende Auslegungsbestimmung behandelt nur Unfallschaden von Unfallschäden, die man als „Materiaschäden“ bezeichnen kann, die durch Beschleiß, Materialfehler, Fehler in der Bauart, schadhafte Behandlung usw. herbeigeführt werden. Das ergibt sich offensichtlich aus den aufgezählten Beispielen: Abnutzungsschäden, reine Bruch-, innere Betriebs- und Maschinenbeschädigungen, Schäden an den Jährlern durch Betriebszerplosion, Schäden an der elektrischen Anlage durch Kurzschluß. Solche Schäden sind in der Tat keine Unfallschäden, und die Beklagte muß sich erklärungsweise dagegen schämen, daß sie für die Reparaturkosten von Kraftfahrzeugen in Anspruch genommen wird, die auf den genannten Ursachen beruhen. Wenn nun aber auch die Beklagte für diese Materiaschäden als solche nicht haftet, so liegt die Sache doch anders, wenn infolge von Bruch ein wirklicher Unfallschaden im Sinne des § 1 Ziffer 1, Abs. 1 mitverursacht wird. Führt ein Kraftfahrzeug gegen einen Baum und wird es dadurch beschädigt oder zerrümmert, werden auch teilweise die Insassen verletzt oder getötet, so kann folglich nicht in Abrede gestellt werden, daß der Schaden durch ein aufsehen herbeigeführt auf das Fahrzeug einwirkendes Ereignis herbeigeführt worden ist. (TV 341/25.—26. Januar 1926.)

### Bei mangelhafter Durchführung darf das Finanzamt die Steuer schätzen

Der Reichsfinanzhof hat folgende Entscheidung gefällt: Das Finanzamt hat festgestellt, daß die Durchführung folgende Mängel aufwies: Personenlisten wurden nicht geführt, es wurden nicht alle Geschäftsvorfälle verzeichnet, die Außenstände ließen sich im einzelnen nicht nachprüfen, in mehreren Fällen fehlten vollständige Kunden bei ihrer Anwesenheit Zahlungen, deren Verzinsung sich nicht nachprüfen ließ. Unter diesen Umständen gibt auch der vom Finanzamt gezeichnete Schatz, die Durchführung könne infolge ihrer Mangelhaftigkeit als beweiskräftig nicht angesehen werden und das Reichsfinanzamt müsse daher im Wege der Schätzung ermitteln werden, zu rechtlichen Bedenken keinen Anlaß.

## Literatur

Steuerrechtliche Grundfragen. Von Universitätsprofessor Dr. Hans Rawwasch. Verlag Dr. Franz Pfeiffer, München 1926. Das Steuerrecht hat infolge der expandierenden Entwicklung der Steuererhebung eine fröhliche ungeahnte Bedeutung erlangt. Wenig praktisch oder theoretisch mit diesem Gebiet befaßt ist, kann sich heute nicht mehr damit begnügen, sich auf eine mehr oder minder eingehende Kenntnis der einzelnen Steuergesetze zu beschränken. Er ist vielmehr geradezu gezwungen, in die systematischen Zusammenhänge einzudringen, wenn er selten Boden unter den Füßen haben will. Darum ist es ein Gebot der Zeit, den steuerrechtlichen Grundfragen näher zu treten, von denen aus erst eine sichere Beurteilung und Handhabung der Einzelbestimmungen möglich ist. Das vorliegende Buch kommt daher als Führer geradezu wie gerufen.

Die Abrechnungen des buchführenden Kaufmanns nach dem neuen Einkommen- und Körperschaftsteuergesetz. Von Steueramtmann Hans G. G. G. Weiter der Buchprüfungsstelle der Münchener Finanzämter. Verlag Dr. Franz Pfeiffer, München 1926. In dem Werke, das in leicht verständlicher Sprache abgehandelt ist, werden die für jedes Unternehmen so wichtigen Abrechnungen vom Kaufmanns- und Steuerlichen Standpunkt aus eingehend betrachtet. Es werden alle Abrechnungsarten genau geschildert. Außerdem wird zu den verschiedenen Abrechnungsarten vom steuerrechtlichen Standpunkt aus Stellung genommen. Schließlich werden auch die Fragen der Geldentwertung von steuerlicher nicht anerkannter Abrechnungen in den darauffolgenden Jahren an Hand zahlreicher Steuererlassen und die Buchführungsfragen in übersichtlich verständlicher Weise behandelt. Der Kaufmann ersieht daher aus dem Werke, was er hinsichtlich der Abrechnungen bei Aufstellung seiner Bilanz und insbesondere bei Abgabe seiner Steuererklärung beachten muß.

Neue Mannheimer Zeitung - Handelsblatt

Vom süddeutschen Holzmarkt

Am süddeutschen Rundholzmarkt ist die Kaufneigung in den letzten Wochen verhältnismäßig klein geblieben...

Eine 3proz. 4 Millionen-Anleihe der Stadt Ludwigshafen a. Rh.

Nachdem seit einiger Zeit Verhandlungen wegen Begebung einer 3proz. Anleihe der Stadt Ludwigshafen a. Rh. im Betrage von 4 Millionen geführt worden waren...

Ausführung der Reichspost-Inlandanleihe. In der heute vormittag stattgefundenen Sitzung des Verwaltungsrates der Reichspost wurde unter Vorsitz des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über die Ausgabe der Inlandanleihe der Deutschen Reichspost verhandelt...

Das Fortbleiben der Heimwerke gesichert. Die Firma Heim u. Co., Badische Automobilfabrik, Mannheim, hat wie uns mitgeteilt wird, den Vergleich mit ihrer Gläubiger-Gesellschaft befristet...

Der Berechtigung des Einzelnen vor ihm vertretenen Anspruchs der Schweizerischen Gesellschaft für Reiseführer...

Abchluss. Internationale Bank in Luxemburg. Wieder 5 v. H. Div. auf die privilegierten Aktien. Im Jahre 1925 nahmen die Umsätze wieder bedeutend zu...

Banner Bergwerks- und Hüttenverein, AG, Zementfabrik. Oberkassel bei Bonn. Reingewinn 852.374 M. 5 v. H. Div. auf die 20. und 4 v. H. auf die 10. Bilanz: Grundbesitz 75.000...

Abchluss. Badmann u. Ludwig AG, Chemisch. Reingewinn 246.672 M. 6 v. H. Div. auf die 20. und 9 v. H. auf die 10. Reicht Metallschrauben AG in Jülich. Reingewinn 6 (0) (106.727) M. Abschreibungen 309.530 (24.290) M. Reingewinn 6 (0) v. H. Div. werden 137.590 (22.900) M. den Reservefonds zugeführt...

Börsenberichte vom 14. April 1926

Das Geschäft an der heutigen Börse war still. Die Tendenz am Aktienmarkt weiter abgeschwächt. Auch festverzinsliche Werte lagen bei geringen Umsätzen schwach...

Frankfurt im Verlaufe etwas befristet. Nachdem heute vormittag im inoffiziellen Verkehr außerordentlich niedrige Kurse genannt worden waren...

Berlin schwach, später leicht gebessert. Die Börse war verunsichert über die Verschlechterung der Aussichten für die Erteilung der Freigabengenehmigung...

Union, Fabrik chemischer Produkte, Steinf. 6 v. H. Div. auf die 20., während der Rest von 103.733 M. in Vortrag kommt. Concordia Spinnerei und Weberei in Bunzlau und Maschfa. 8 v. H. Dividende.

Das Europäische Schienenbahndkt. Den beteiligten Ländern liegt jetzt der Vertragsentwurf zu dem Europäischen Schienenbahndkt. vor, zu dem sie sich Anfang Mai in mündlichen Verhandlungen äußern werden.

Berliner Devisen

Table with columns for currency types (e.g., London, New York, Paris) and their corresponding exchange rates.

Kurszettel der Neuen Mannheimer Zeitung

Waren und Warenbescheinigungen in Procenten, bei Schwankungen in Markt je Stück. Die mit T versehenen Werte sind Terminwerte während die mit S versehenen nach 30 Tagen verfallen.

Frankfurter Börse vom 14. April.

Table of stock market data for Frankfurt, listing various companies and their share prices.

Berliner Börse vom 13. April.

Table of stock market data for Berlin, listing various companies and their share prices.

Börsenberichte vom 14. April 1926

Table of stock market data for various locations, listing companies and their share prices.

Standesamtliche Nachrichten.

Verheiratet.

11. Kaufm. Rich. Ermann u. Ase Geisler, Friedr. Schöner Konrad Seidel u. Hilja Stettin-Kriem...

Beirath:

1. Maschinist Johannes Beldner u. Charlotte Reiter, Eichenhöfer Adam Bels u. Anna Reil...

Schlosser Karl Scherer u. Barbara Beder, Maria Adolf Schmitt u. Johanna Schöner...

Geborene:

Maria und Karl, 24. Kaufm. Heinrich Wildenberger u. T. Helene...

29. Hauptlehrer Rudolf Jenne u. S. Dieter Rudolf, 28. Ernster Karl Dammal u. T. Armand Vieslotte...

Geborene:

Monat März und April, 27. Schneider Anton Schmitt 71 Jahre 10 M., 27. Arbeiter Anton Schmitt 71 Jahre 10 M.

30. Landwirt Josef Gabriel Steinhilber 88 Jahre, 30. Feingewerbetreibender Julius Feinberger 78 Jahre...

Geborene:

1. Ratler, geb. Dehmel, Ehefrau des Bauarbeiters Heinrich Stuhl 70 Jahre 2 M., 2. Ratler, geb. Dehmel, Ehefrau des Bauarbeiters...

Danksagung. Für die uns beim Heimgang uns. lieben Gatten und Vaters von allen Seiten erwiesene Teilnahme...

Ihre Verlobung geben bekannt. Elsie Müller, Fröhjof Eisenlohr, Diplomingenieur.

Verlobte gehen wir sogleich zu MOEBELHAUS PISTNER Q 5, 17/19.

Von der Reise zurück! Dr. Albert Rosenberg, Facharzt für Chirurgie und Urologie.

Von der Reise zurück Dr. Martin Kaufmann, Facharzt für Magen-, Darm- und Stotwheckerkrankheiten.

Amtliche Bekanntmachungen. Bekanntmachung der Wahl- und Klassenwahl.

Bau- und Straßensanierungsarbeiten. Der Stadtrat Mannheim hat die Ausführung der Bau- und Straßensanierungsarbeiten...

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde. Unterrichtsbeginn der Volk- und Fortbildungsschule im Schuljahr 1925/26.

rechts verpflichteten Kinder zur Teilnahme an demselben anzuweisen und ihnen die zum Erlasse desselben erforderliche Zeit zu gewähren.

Mannheimer Musikschule Dinand-Hansen. Moltkestr. 4 N 6. 6a. Wiederbeginn Donners'ag 15. April Ende April Schüleraufführung.

Geschäfts-Übernahme. Meinen werten Kunden und Gönnern, sowie der verehrlichen Nachbarschaft...

Verenigte Konzert-Leitungen. Aufführung der Bode-Schule Körpererziehung und Bewegungskunst.

Hühneraugen zu behandeln anders als mit „Lebewohl“ heißt die Füße sich verhandeln! „Lebewohl“ ist die Paroli!

Privat Realschule Schwarz. Siebenklassige Realschule mit wahlfr. Lat. Vorbereitung zu allen Schulprüfungen für Sexta.

Zwangsversteigerung. Donnerstag, den 15. April 1926, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Mannheim im Pfandlokal...

Rufe an! für Abholen u. Aufheben von Wäsche Telefon 10122 G 5. 10 S30

Existenz. bietet sich bei 30-45 Mk. Wohnzimmern und erst. Pension in bestem städt. Wohnort...

Hausbesitzer. sucht einen Rebenweber ausgef. Ausführl. Angeb. unt. F. I. 10004 an A. L. A. Hansen & Vogler, Frankfurt a. M.

tüchtiger Reisender. der im Verkauf von Textilien und einschlägigen Artikeln bei der in Frage kommenden Kundenschaft...

Wir suchen zum baldigen Eintritt Lehrling mit guter Schulbildung. Halle & Bensinger, Zigarrenfabriken Mannheim.

Gelernte Mechaniker. tüchtig, fleißig, im Alter von 25 bis 30 Jahren, als Reise-Mechaniker gesucht.

Perfekte Stenotypistin. mit guter Schulbildung und prima Zeugnissen zum sofortigen Eintritt gesucht.

Anständiger Nebenerwerb. für Damen des Standes durch Übernahme eines Vertretung in Strumpfwaren...

Achtung! sich Existenz. durch Übernahme eines nachweisbar ausgeübten, doch u. Wohlgefühls geboten...



